

Rachèle Raus, Die Ostpolitik Willy Brandts und das europäische Aufbauwerk

Quelle: Rachèle Raus, Université de Paris 1 Panthéon-Sorbonne, Paris (2005).

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/rachele_raus_die_ostpolitik_willy_brandts_und_das_europaische_aufbauwerk-de-076ebcb2-853c-488a-8a68-4432a35028c9.html

Publication date: 05/07/2016



Die Ostpolitik Willy Brandts und das europäische Aufbauwerk

von Rachèle RAUS, Doktorandin, Universität Paris 1 Panthéon-Sorbonne.

Beim Studium der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland (BRD) nach 1945 wird häufig zwischen der Analyse ihrer Politik der europäischen Integration und Untersuchungen der Politik der Öffnung in Richtung Osten unterschieden, wobei der Schwerpunkt meist auf der *Ostpolitik* liegt und die *Europapolitik* in den Hintergrund tritt. Angesichts der jüngsten Arbeiten über die Rolle des europäischen Aufbauwerks bei der Herstellung des Friedens in Europa und den Einfluss der Ostpolitik auf den Prozess der Entspannung zwischen West und Ost jedoch gibt es keine Rechtfertigung mehr für dieses Ungleichgewicht in der westdeutschen Geschichtsschreibung.

Es gilt festzustellen, ob diese beiden Politiken demselben Willen entspringen, die Spannungen der Nachkriegszeit zu überwinden und die Entstehung einer Friedensordnung in Europa zu fördern. Ihre Verquickung wird besonders bei der Umsetzung der Außenpolitik von Willy Brandt deutlich, der *Ostpolitik* und *Westpolitik* eng miteinander verknüpft und im Jahr 1969 bekräftigt, dass die Ostpolitik die „östliche Komponente seiner Europapolitik“ sei. Daraus ergeben sich zwei wesentliche Fragen für den Historiker. Konnte die Entwicklung der Politik im Osten vom Klima der „Relance“ der europäischen Politik nach 1969 profitieren oder war es die Umsetzung der Ostpolitik, die zum Ende der Krise der europäischen Institutionen in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre beitragen konnte?

Auf der Suche nach einer europäischen Lösung: Ausgleich zwischen nationalen Interessen und europäischen Fragen

Die „deutsche Frage“ als zentrales europäisches Anliegen

In einer Atmosphäre des Kalten Krieges beschließen Frankreich, die BRD, Italien und die Benelux-Staaten mit dem Pariser Vertrag von 1951 die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), die zur Entstehung des „Europas der Sechs“ führt. Wirtschaftliche und politische Ressourcen sollen gemeinsam genutzt werden, um einen Beitrag zum Wiederaufbau Europas zu leisten. Die Gründung einer Interessengemeinschaft auf Grundlage einer starken wirtschaftlichen Integration – der eine politische Organisation folgen sollte – findet parallel zur Arbeit der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) statt, die im April 1948 gegründet worden war, um die Verteilung der amerikanischen Wiederaufbauhilfen zu organisieren und das atlantische Lager im Konflikt mit der Sowjetunion um Einflussphären zu stärken.

Deutschland war in der Nachkriegszeit beim europäischen Wiederaufbau niemals benachteiligt worden und erhielt seit 1947 die Marshall-Hilfen in voller Höhe. Nach dem Scheitern der Londoner Konferenz im Dezember 1947, das ein gutes Beispiel für das Unvermögen ist, eine Vereinbarung über den zukünftigen Status Deutschlands zu erzielen, sind die westlichen Alliierten nicht daran interessiert, die deutsche Frage direkt zu behandeln, sondern wollen die Westzonen so schnell wie möglich wiederaufbauen, um Deutschland im Westen zu verankern. Sie wollen vermeiden, dass die BRD eine Schaukelpolitik zwischen Ost und West betreibt oder sich als neutrale Einheit in Europa etabliert. Somit ist die Deutschland-Frage von entscheidender Bedeutung im Kalten Krieg. Die Furcht vor einer erneuten deutschen Gefahr bleibt in den Nachbarländern bestehen, vor allem in Frankreich, wo der „Mythos von Rapallo“ immer noch allgegenwärtig ist. Die Lösung der deutschen Frage kann also nicht unabhängig vom atlantischen und europäischen Kontext betrachtet werden.

Die BRD verdankt ihren Wiederaufbau seinem Festhalten an der Atlantischen Allianz sowie der strengen Kontrolle durch die Alliierten, die die Außenpolitik des Landes überwachen und ihm jegliche Wiederbewaffnung untersagen. Dank des Einsatzes Adenauers für das europäische Aufbauwerk jedoch kann die BRD ihre nationale Souveränität wiedererlangen. In den fünfziger Jahren nehmen die Spannungen zwischen Ost und West zu, in internationalen Verhandlungen ist die deutsche Frage eng mit dem Problem der europäischen Sicherheit verknüpft. Die Verhandlungen über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) lassen die Polemik um die Wiederbewaffnung Deutschlands erneut aufflammen. Nach dem Scheitern

der EVG beenden die Pariser Verträge vom 23. Oktober 1954 das Besatzungsstatut der BRD, und das Verbot der Wiederbewaffnung wird aufgehoben. Die BRD kann künftig ihre Europapolitik autonomer gestalten und ihre eigenen nationalen Interessen einbinden. Der wirtschaftliche Aufschwung, der parallel in der BRD stattfindet, stärkt die deutsche Position in Europa. Bei den Verhandlungen über die Römischen Verträge im Jahr 1957 gelingt es der BRD daher, Garantien für die Wiedervereinigung Deutschlands und ein Protokoll über den innerdeutschen Handel zu vereinbaren.

Die BRD durchkreuzt alle Versuche der UdSSR, die internationale Solidarität zu brechen, und lehnt einen Alleingang ab, wenn es darum geht, auf die sowjetischen Angebote zur Wiedervereinigung als Gegenleistung für eine Neutralisierung Deutschlands zu reagieren. Die westdeutsche Führung hat keine andere Wahl, als auf den Westen zu setzen. Vor allem dank ihrer Mitgliedschaft in einer europäischen Gemeinschaft gelingt es der BRD, die Autorität und die traditionellen Hoheitsrechte eines Nationalstaates wiederzuerlangen.

Die deutsche Frage und die europäische Frage: ein und dasselbe Problem?

Die Europapolitik der Bundesrepublik Deutschland bildet sich schon seit ihrer Gründung im Jahr 1949 heraus; aufgrund ihrer Lage als geteilte Nation mitten in Europa und der nicht endgültig festgelegten Grenzen im Osten erweist sich aber gleichzeitig eine Politik in Richtung Mittel- und Osteuropa als natürliches Gebot.

Die *Deutschlandpolitik* ergibt sich aus der Teilung des deutschen Staatsgebietes. In der Präambel des Grundgesetzes verankert, wird die Lösung der deutschen Frage als höchstes Ziel der Staatsorgane definiert. Die BRD erkennt die Deutsche Demokratische Republik (DDR) nicht an und hält sich allein für befugt, die deutsche Nation zu vertreten. Mit Sorge verfolgt die westdeutsche Führung die Sowjetisierung der DDR und die Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bevölkerung. Mit der Aufstellung der „Magnettheorie“¹ hofft sie, das totalitäre System in der DDR zu erschüttern. Mit der Verkündung der „Hallstein-Doktrin“ im Jahr 1955 versucht sie, die ostdeutsche Führung zu isolieren und jegliche Legitimierung der DDR auf internationaler Ebene zu verhindern.

Die Deutschlandpolitik ist integraler Bestandteil der westdeutschen Politik der Öffnung zum Osten (Ostpolitik). Im Jahr 1945 sind die Beziehungen zwischen Deutschland und den Satellitenstaaten der UdSSR gespannt. Der Konflikt um die Oder-Neiße-Linie mit Polen sowie der Streit mit der Tschechoslowakei über das Münchner Abkommen von 1938 beeinträchtigen die Entwicklung ihrer politischen Beziehungen. Die Entfremdung dieser Staaten von Moskau verhindert die Wiederaufnahme des diplomatischen Dialogs. Außerdem erschwert die Existenz von Interessengruppen deutscher Flüchtlinge oder Vertriebenen aus den Ostgebieten eine Politik der Annäherung an den Osten.

Die ersten Schritte der Ostpolitik in den fünfziger Jahren sind daher noch zaghaft. Die Spitzen der Christdemokraten (CDU-CSU) sind wie Kanzler Adenauer der Ansicht, dass jeder Schritt in Richtung Osten durch einen Schritt in Richtung einer Lösung der deutschen Frage ausgeglichen werden muss, sowohl in Bezug auf das Statut als auch die Grenzen Deutschlands. Daher findet bis Mitte der sechziger Jahre die Normalisierung der Beziehungen zwischen der BRD und den Ländern im Osten lediglich auf dem Gebiet der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen statt. Diesem Geist entspricht auch die „Politik der Bewegung“ des Außenministers Gerhard Schröder von 1961, der eine Reihe von Handelsabkommen mit den Ländern des Ostblocks – mit Ausnahme der DDR und der UdSSR – abschließt.

Die Polemik um den Status Berlins stellt einen weiteren Aspekt der Ostpolitik der BRD dar. Das Viermächtestatut der Stadt und ihre Lage mitten in ostdeutschem Gebiet führen dazu, dass sich die Frage der ehemaligen deutschen Hauptstadt an einer Schnittstelle zwischen Ostpolitik, Deutschlandpolitik und europäischer Politik der Bundesrepublik befindet.

Die Europapolitik und die Ostpolitik der BRD sind weiterhin von weitgehend ähnlichen Interessen geprägt. Der französische Präsident de Gaulle unterstreicht im Februar 1966, dass „das deutsche Problem *par excellence* ein europäisches Problem“ sei. Im Dezember desselben Jahres schreibt Willy Brandt: „Der

Graben, der mein Land teilt, teilt auch Europa. Wer ihn zuschüttet, hilft damit auch meinem Lande. Wir haben keine andere Aussicht als die Spaltung Europas zu überwinden“². In der Praxis existieren jedoch immer noch Spannungen zwischen der Integration Westeuropas und der Suche nach immer engeren Verbindungen nach Osteuropa.

Brandt: ein pragmatischer Ansatz der West- und Ostpolitik

Als der sozialdemokratische Bürgermeister von Westberlin Willy Brandt im Jahr 1963 vor der Akademie in Tutzing die Grundsätze seiner Deutschland- und seiner Ostpolitik darlegt und als „Politik der kleinen Schritte“ präsentiert, stützt er sich auf seine langjährige politische Erfahrung im Exil und in der Opposition.

Die politischen Prioritäten Brandts sind der Wiederaufbau Deutschlands nach 1945 und die Stärkung Europas, die für ihn keineswegs im Widerspruch zueinander stehen. Im Gegenteil: Die Europapolitik dient in seinen Augen der Vorbereitung auf die schrittweise Annäherung der beiden Teile Europas³. Langfristig plant Brandt die Schaffung eines geeinten, demokratischen und möglichst sozialdemokratischen Deutschlands, dessen Bestimmung in der Integration in Europa liegt⁴. Eine Politik der Normalisierung der Beziehungen im Osten muss in eine Initiative eingebunden sein, die ganz Europa umfasst. Der Inhalt der Europa- und Deutschlandpolitik Brandts steht also schon vor dem Bau der Berliner Mauer im August 1961 fest, der üblicherweise als Beginn seiner Ostpolitik gilt.

Die „neue Ostpolitik“, die mit dem dogmatischen Ansatz der Regierung bricht, wird indessen ab 1963 von Berlin aus von der Mannschaft um Brandt und seinen engsten Mitarbeiter Egon Bahr entwickelt. Brandt konzipiert eine Politik der „kleinen Schritte“, die die Beziehungen mit dem „anderen Deutschland“ verbessern soll, ohne die Wiedervereinigung Deutschlands als Vorbedingung zu definieren, und gibt fachlichen Aspekten Vorrang vor politischen Betrachtungen.

Die Wiedervereinigung mittel- und kurzfristig einmal vom Tisch, verfolgt Brandt das Ziel einer „Friedensordnung“ für Europa. In den sechziger Jahren wird der Begriff der „europäischen Friedensordnung“ von den meisten europäischen Politikern aufgegriffen. De Gaulle spricht von einer „Gesamtlösung für Europa und einer Lösung für Deutschland“. Die Ostpolitik definiert sich somit als „eine Politik der ‚Normalisierung‘, [als] das Streben nach einer ‚europäischen Friedensordnung‘, basierend auf der Anerkennung der Unverletzlichkeit der bestehenden osteuropäischen Grenzen“⁵, und als fast volle Anerkennung der mitteleuropäischen Staaten. Die Ziele der westdeutschen Ostpolitik und des europäischen Aufbauwerks haben daher die Suche nach einer „Friedensordnung in Europa“ gemein. Die Verbündeten der Deutschen haben es mit einer Wiedervereinigung in naher Zukunft nicht eilig, bis eine Organisationsform für Europa gefunden wird, die ein vereintes Deutschland unter Kontrolle halten kann.

Brandt ist sich bewusst, dass die Wiedervereinigung Deutschlands nur mit der Unterstützung seiner westlichen Nachbarn möglich ist, ebenso wie er sieht, dass die Kompromisslosigkeit der CDU/CSU-Spitze die deutsche Politik in eine Sackgasse geführt hat, und entscheidet sich für einen entschiedenen europäischen und atlantischen Kurs im Hinblick auf die Lösung der deutschen Frage. Solange die Wiedervereinigung nicht an der Tagesordnung ist und die BRD dem Atlantischen Bündnis treu bleibt, besteht daher kein Widerspruch zwischen seiner Europa- und seiner Ostpolitik. Aber heißt das auch, dass diese beiden Politiken einander ergänzen? Um diese Frage zu beantworten, muss man sehen, in welchem Maße die beiden Politiken einander beeinflussen.

II. Überlagerungen zwischen der europäischen Integrationspolitik und der Politik der Öffnung zum Osten

Europäisierung des Ost-West-Konflikts und Emanzipierung Europas

Auf Ebene der internationalen Politik wird die Ostpolitik von Brandt nach der Kubakrise im Jahr 1962 ausgearbeitet. Nachdem ein dritter weltweiter Konflikt zu befürchten war, beschließen die amerikanischen und sowjetischen Führer, ihre Beziehungen auf der Grundlage der „friedlichen Koexistenz“ neu zu definieren. Die Einrichtung des „roten Telefons“ zwischen Washington und Moskau sowie der Moskauer

Vertrag vom 25. Juli 1963 kennzeichnen den Beginn des strategischen Dialogs zwischen den beiden Supermächten. Die Mitte der sechziger Jahre ist von der „*Détente*“ in den Ost-West-Beziehungen gekennzeichnet, trotz der verfahrenen Situation in Südost-Asien. Das Epizentrum der Ost-West-Spannungen verlagert sich nach Mitteleuropa; die Demarkationslinie verläuft insbesondere durch Deutschland und Berlin. Die Ost-West-Beziehungen sind europäischer geprägt. Dieser Eindruck wird durch die Deutschland-Rede von Präsident Johnson am 7. Oktober 1966 noch verstärkt: „Es geht nunmehr um die Vereinigung und nicht mehr um die Wiedervereinigung auf Grundlage der Selbstbestimmung“⁶.

Diese Veränderungen im internationalen politischen Kontext verändern auch die Beziehungen zwischen den europäischen Staaten und ihrer Schutzmacht. Die Angst vor einem Rückzug der Amerikaner aus Europa wächst insbesondere nach Verabschiedung der Doktrin der „*flexible response*“ durch die USA im Juni 1962. Zudem wollen die europäischen Mächte, darunter Frankreich und die BRD, vermeiden, dass die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion sich ohne Beteiligung der Europäer an den Verhandlungen über europäische Fragen einigen.

Die europäischen Staaten reagieren auf diese Situation jedoch nicht in abgestimmter Form. Die Verhandlungen des Élysée-Vertrags im Jahr 1963 zeigen, dass Frankreich und die BRD unterschiedlichen Prioritäten verfolgen. Gewillt, Europa von der Vormundschaft durch die USA zu befreien und ein Europa vom Atlantik bis zum Ural zu schaffen, strengt General de Gaulle direkte Verhandlungen mit Moskau unter Ausschluss Washingtons an. Die BRD bleibt ihrem amerikanischen Beschützer zwar auch weiter treu, hofft aber, eine Außenpolitik entwickeln zu können, die ihrer Wirtschaftsmacht entspricht. Brandts neue Ostpolitik muss als Bestandteil einer Emanzipationspolitik Europas gewertet werden. Die Aneignung des Ost-West-Konflikts durch die europäischen Staaten verläuft somit parallel zur Unabhängigkeitspolitik Europas.

Die europäische Politik hat jedoch Mühe, sich in den sechziger Jahren zu entwickeln, und es scheint, als gleiche die Politik der Öffnung zum Osten diesen Mangel an politischer Integration aus.

Die Politik der Öffnung zum Osten – Ersatz für die europäische Integrationspolitik?

De Gaulles Politik der Emanzipation Europas wird nicht von allen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften begrüßt. Während der deutsch-französische Motor weiter die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) antreibt, zeigt der Élysée-Vertrag, dass die Deutschen nicht bereit sind, auf ihre Freundschaft mit den Amerikanern zu verzichten. Das Scheitern des Fouchet-Plans im April 1962 führt ebenfalls zu einer beträchtlichen Schwächung der europäischen Integrationspolitik. Im Jahr 1963 lehnt de Gaulle den Beitritt Großbritanniens zur EWG ab, und von Juni 1965 bis Januar 1966 verhindert die „Politik des leeren Stuhls“, dass die EWG die Integration der Außenpolitik ihrer Mitglieder vorantreibt. Die Uneinigkeit unter den EWG-Mitgliedern führt so weit, dass man von einer unterschwelligten Krise der Gemeinschaft spricht, die im November 1967 vom zweiten französischen Veto gegen die Wiederaufnahme der Beitrittsverhandlungen noch verstärkt wird.

In dieser gespannten Atmosphäre innerhalb der EWG nimmt die Ostpolitik Willy Brandts schrittweise Gestalt an. Dank ihr kann er die Unabhängigkeit Deutschlands erlangen und gleichzeitig dem Atlantischen Bündnis und der EWG die Treue halten. Bei seinem Amtsantritt als Bundeskanzler am 28. Oktober 1969 verkündet Brandt, unterstützt von seinem liberalen Koalitionspartner, ein auf die Ostpolitik ausgerichtetes Regierungsprogramm. Brandt akzeptiert nunmehr die Existenz der beiden deutschen Staaten und erklärt seinen Willen, die Verhandlungen mit der Sowjetunion fortzusetzen. Auf dem Gipfel in Den Haag am 1. und 2. Dezember 1969 trägt Brandt gleichzeitig zur „*Relance*“ in Europa bei. Das europäische Aufbauwerk ist für Brandt ein Mittel, um innerhalb eines gemeinschaftlichen Europas ein Stück politischer Macht zurückzuerobieren. Die BRD instrumentalisiert die EWG für ihre eigenen Bedürfnisse. „Die Ostpolitik beginnt im Westen“⁷. Umgekehrt übernimmt Deutschland – zum Teil dank der funktionierenden Ostpolitik – nach 1969 die Spitze in der europäischen Integrationspolitik⁸.

Beide Politiken ergänzen einander, beeinflussen sich jedoch nicht zwingend. Die Spannungen in der EWG Mitte der sechziger Jahre haben die westdeutschen Politiker nicht davon abgehalten, ihre Politik im Osten

fortzuführen. Im Gegenteil: Die Jahre 1969 bis 1973 stellen den Höhepunkt der westdeutschen Ostpolitik dar. Die schnelle Entwicklung der Ostpolitik nach 1969 lässt sich großenteils mit der Ablösung der Regierungsmannschaft in der BRD erklären, die den Dialog mit Moskau und Pankow intensiviert. Auch die internationale Lage begünstigt die Entwicklung der Ostpolitik. Nach dem Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei im August 1968 zeigen sich die Sowjets versöhnlicher. Es ist nunmehr offensichtlich, dass jede Annäherung mit den Ländern in der sowjetischen Einflusszone die Zustimmung Moskaus erhalten muss. Brandt tritt also in einen Dialog mit der sowjetischen Führung ein, wodurch er im August 1970 mit der Sowjetunion den Moskauer Vertrag über den Verzicht auf Gewalt unterzeichnen kann. Der Moskauer Vertrag eröffnet die Reihe der so genannten „Ostverträge“; dazu gehören außerdem der Warschauer Vertrag vom Dezember 1970, der Prager Vertrag mit der Tschechoslowakei vom Dezember 1973, genauso wie der Grundlagenvertrag mit der DDR vom Dezember 1972 und das Viermächteabkommen über Berlin im September 1971.

In der Gemeinschaftspolitik wird auf dem Haager Gipfel im Dezember 1969 die Losung „Vollendung, Vertiefung und Erweiterung“ ausgegeben und die „Relance“ der EWG verkündet. Auf diesem Gipfel wird offensichtlich, dass das gemeinschaftliche Europa im Wesentlichen auf der Ebene der wirtschaftlichen Integration existiert. Maßnahmen zur Stärkung des europäischen Einigungsprozesses werden zwar angesprochen, aber sie bleiben hinter den Erwartungen der Verfechter eines politischen Europas zurück. Zudem sind die frühen siebziger Jahre von einer internationalen Wirtschaftskrise geprägt, zu der eine europäische Währungskrise hinzukommt. In dieser Zeit behindert die tiefe Uneinigkeit in Währungsfragen trotzdem zu keinem Zeitpunkt den Abschluss der Ostverträge oder die Unterzeichnung des Viermächteabkommens. Brandt handelt jedoch niemals um der Ostpolitik willen wider die europäische Integration. Egal ob in Den Haag, was die Politik der Öffnung nach Osten einschließlich der Verhandlungen der vier Mächte über Berlin, die Verteidigung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) und des Davignon-Plans im Jahr 1970 oder die vorbereitenden Sitzungen auf die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) angeht – die BRD wird zum Verfechter der europäischen Integrationspolitik.

Schlussfolgerung

Die Ostpolitik und die europäische Integrationspolitik nehmen also gleichzeitig Gestalt an und betreffen die gleichen Akteure, sowohl was die Staaten als auch die Personen angeht. Beide können nicht unabhängig voneinander betrieben werden, obwohl es weiterhin schwierig ist festzustellen, inwieweit sie einander beeinflussen. Besonders hervorzuheben ist zweifelsohne die Gleichartigkeit ihrer Ziele. Die Politiken werden nach 1945 definiert, um Europa wiederaufzubauen und den europäischen Staaten eine „europäische Friedensordnung“ zu geben. Zudem werden sie oft von denselben politischen Akteuren ausgearbeitet und umgesetzt. Beide werden nach einem pragmatischen Ansatz entwickelt: Fortschritte werden nach und nach erzielt, in „kleinen Schritten“, beginnend mit einem wirtschaftlichen Integrationsprozess, der auf politischer Ebene weiterverfolgt werden soll. Die Außenpolitik Brandts kann daher als „pragmatischer Realismus“ bezeichnet werden, aufgrund der Tatsache, dass sie häufig unter Instrumentalisierung der Wirtschaft umgesetzt wurde, und wegen des Bruchs mit der Politik seiner christdemokratischen Vorgänger.

Fußnoten:

¹Diese Theorie besagt, dass der Wohlstand der BRD die DDR unweigerlich in den Einflussbereich der Bundesrepublik ziehen würde.

²Zit. nach T. Garton Ash, *Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent*, München, Carl Hauser Verlag, 1993, S. 42.

³ A. Wilkens, « Willy Brandt, die deutsch-französischen Beziehungen und die Europapolitik (1969-1974) », in H. Möller, M. Vaïsse (Hrsg.), *Willy Brandt und Frankreich. Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, München, Oldenbourg, 2005, S. 199-214.

⁴ H. Haftendorn, « Transformation und Stabilität », in H. Möller, M. Vaïsse (Hrsg.), *op. cit.*, S. 1-21.

⁵ T. Garton Ash, *op. cit.*, S. 59.

⁶ Archives du Ministère français des Affaires étrangères (MAE), série Europe 1961-1970, (RFA), vol. 1608.

⁷ Archives nationales de France (AN), 5AG-2, vol. 104, Entretien Brandt-Pompidou du 30 janvier 1970.

⁸ H. Mayer, « L'Allemagne, la politique de coopération européenne », in E. Du Réau, R. Frank (Hrsg.), *Dynamiques européennes. Nouvel espace. Nouveaux acteurs (1969-1981)*, Paris, Publications de la Sorbonne, 2002, S.129-150.

⁹ A. Wilkens, « Willy Brandt, die deutsch-französischen Beziehungen und die Europapolitik (1969-1974) », *op. cit.*, S. 203.

Auswahlbibliographie:

- BENDER Peter, *Die « Neue Ostpolitik » und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Vereinigung*, München, Deutscher Taschenbuch Verlag, 1995, 369 S.

- BITSCH Marie-Thérèse, *Histoire de la construction européenne de 1945 à nos jours*, Bruxelles, Complexe, 2004, 400 S.

- BRANDT, Willy: *Erinnerungen. Mit den „Notizen zum Fall G“*, erweiterte Ausgabe, Berlin/Frankfurt a. M. 1994.

- BRACHER Karl Dietrich, JÄGER Wolfgang, LINK Werner, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Republik im Wandel (1969-1974). Die Ära Brandt*, Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt, 1986, 499 S.

- DU REAU Elisabeth et FRANK Robert (dir.), *Dynamiques européennes. Nouvel espace. Nouveaux acteurs (1969-1981)*, Paris, Publications de la Sorbonne, 2002, 318 S.

- GARTON ASH Timothy, *Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent.*, München, Carl Hauser Verlag, 1993, 856 S.

- GERBET Pierre, *La construction de l'Europe*, Paris, Imprimerie nationale, 1983, 559 S.

- GUILLEN Pierre, *La question allemande. 1945 à nos jours*, Paris, Imprimerie nationale, Paris, 1996, 236 S.

- MÖLLER Horst, VAÏSSE Maurice (dir.), *Willy Brandt und Frankreich. Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, München, Oldenbourg, 2005, 277 S.

- SCHMIDT Wolfgang, *Kalter Krieg, Koexistenz und kleine Schritte. Willy Brandt und die Deutschlandpolitik (1948-1963)*, Wiesbaden, Westdeutscher Verlag, 2001, 572 S.